

## Initiative „Dialog zwischen Gewerkschaften und Kirchen in Europa“



eine Initiative von:

- Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen
- European Trade Union Institute
- Europäische Bewegung Christlicher Arbeitnehmer
- Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands
- Nell-Breuning-Haus, Herzogenrath



**etui.**



### Erklärung

#### Die Krise als Chance für ein soziales Europa nutzen

Der Fortschritt Europas benötigt eine Balance zwischen der ökonomischen und sozialen Entwicklung. Diese Balance wird angesichts der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa und weltweit immer notwendiger. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Initiative „Dialog zwischen Gewerkschaften und Kirchen in Europa“ betonen in dieser Erklärung den Standpunkt, dass soziale Leistungen in den Bereichen Gesundheit, Alterssicherung und Arbeitslosigkeit nicht dem ökonomischen Wettbewerb geopfert werden dürfen. Das neoliberale Leitbild in Europa muss sich umkehren in ein Leitbild eines europäischen Sozialmodells.

Um die Dumpingpraktiken unter den Staaten in Europa zu unterbinden, sind nachhaltige Regulierungen und eine stärkere Koordinierung in der Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik auf der europäischen Ebene erforderlich. Im Sinne eines **sozialen Stabilitätspaktes in Europa** muss eine Politik der Angleichung im Wege des Fortschritts eingeleitet werden. Lohn-, Steuer- und Sozialdumping, wie dies durch die Absenkung der Sozialleistungsquote geschieht, dürfen nicht zu Wettbewerbsvorteilen einiger Mitgliedsstaaten führen.

#### Ein ungezügelter Wettbewerb zerstört den fairen Wettbewerb

Europa braucht ein System des Ausgleichs zwischen schwächeren und stärkeren Staaten. Wir brauchen eine innereuropäische Solidarität, um den unterschiedlichen Voraussetzungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich der einzelnen Länder gerecht zu werden und um unterschiedliche Geschwindigkeiten im europäischen Fortschritt zu ermöglichen. Jedoch

brauchen diese unterschiedlichen Geschwindigkeiten in der Entwicklung der Länder einen verbindlichen europäischen Rahmen. Kein Land darf andere Länder abhängen, Kein EU-Bürger darf abgehängt werden. Jeder Europäer muss von seiner Arbeit leben können, aber jeder muss auch ohne Arbeit leben können. Ökologisch nachhaltige und sichere Arbeitsplätze sind für die Zukunft Europas und für die globalisierte Welt notwendiger denn je.

Wir fordern von den europäischen Regierungschefs und von den Mitgliedern des europäischen Parlaments einen Prozess einzuleiten mit dem Ziel einen sozialer Stabilitätspakt im Sinne eines europäischen Sozialmodells zu vereinbaren.

Ein soziales Europa ist möglich!

Brüssel-Elewijt, 30.September 2009

*Sonja Puchelski*, Nell-Breuning-Haus

*Birgit Zenker*, Vorsitzende der KAB Deutschlands

*Roswitha Gottbehüt*, Generalsekretärin von EZA

*Georges Schnell*, ETUI, Director of Education Department

*Ward Ceysens*, Koordinator EBCA

**Konferenzort:**

Elewijt Center  
Tervuursesteenweg 564  
1982 Elewijt/Belgium



Sonja Puchelski, NBH, Tel: +49-2406-9558-10, Email: [sonja.puchelski@nbh.de](mailto:sonja.puchelski@nbh.de)

Birgit Zenker, KAB, Tel: +49-0221-77220, Email: [birgit.zenker@kab.de](mailto:birgit.zenker@kab.de)

Roswitha Gottbehüt, EZA, Tel: +49-2223-29980, Email: [eza@eza.org](mailto:eza@eza.org)

Georges Schnell, ETUI, Tel: +32-2-2240529, Email: [gschnell@etui.org](mailto:gschnell@etui.org)

Ward Ceysens, EBCA, Tel: +32-478514588, Email: [ward.ceysens@kwb.be](mailto:ward.ceysens@kwb.be)

Die Konferenz fand mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission statt.

